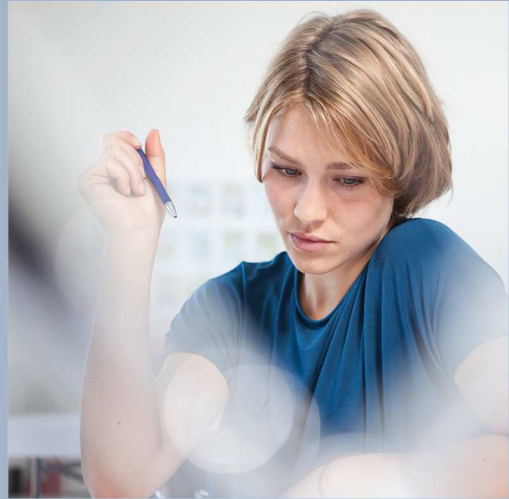


vbw

Die bayerische Wirtschaft



Position

Hochschulen

Stand: Februar 2018
www.vbw-bayern.de

Vorwort

Das bayerische Hochschulsystem für die Zukunft stärken

Die bayerische Wirtschaft braucht hervorragend ausgebildete Hochschulabsolventen ebenso wie herausragende Forschungsergebnisse. Sie sind die Basis für Innovationen und damit für den Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Unternehmen. Die Voraussetzung für eine gute Hochschulbildung ist ein zukunftsfähiges Hochschulsystem.

Bayern hat dafür in den vergangenen Jahren einen erfolgreichen Modernisierungsprozess an den Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Gang gesetzt, der die Hochschulen im nationalen und internationalen Wettbewerb stärkt. Die gestarteten Reformen – angefangen beim Bologna-Prozess über das duale Studium, die Stärkung der internationalen Ausrichtung bis hin zur Hochschulautonomie – sind von der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. nachdrücklich befürwortet und mitgestaltet worden.

Trotz dieser Reformen steht das bayerische Hochschulsystem vor zahlreichen Herausforderungen, die bewältigt werden müssen, um den Spitzenplatz zu halten und weiter auszubauen. Insbesondere die rasanten Entwicklungen der Digitalisierung verändern die Anforderungen an die Hochschulen im Freistaat in Forschung und Lehre. Andere Entwicklungen wie zum Beispiel die Bologna-Reform müssen weiter optimiert werden. Bei den Ausgaben je Studierenden liegt Bayern hinter vergleichbaren Ländern in Deutschland. Auch hier gilt es, konkret weiter anzusetzen.

Dies zeigt: Wir dürfen uns auf dem Erreichten nicht ausruhen. Die vbw setzt sich deshalb seit Jahren dafür ein, dass Bayern seinen Vorsprung in Forschung und Lehre behält. Mit unserem aktuellen Positionspapier leisten wir wieder einen Beitrag, das bayerische Hochschulsystem – und damit auch den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Bayern – für die Zukunft zu wappnen.

Bertram Brossardt
Februar 2018

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Arbeitsmarktorientierung stärken.....	3
2 Entwicklungsbedarf erkennen	7
3 Qualität sichern.....	11
4 Die Chancen der Digitalisierung nutzen.....	13
5 Studienbedingungen verbessern.....	15
6 Internationalität ausbauen	19
7 Eigenständigkeit gewährleisten.....	23
Ansprechpartner / Impressum.....	27

Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Position auf einen Blick

Für ein zukunftsfähiges bayerisches Hochschulsystem

Hochschulen leisten einen elementaren Beitrag, wenn es darum geht, die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft zu erhalten. Denn die Unternehmen im Freistaat brauchen hervorragend ausgebildete Hochschulabsolventen. Grundlage dafür ist ein Hochschulsystem, das die Exzellenz der Ausbildung sichert, das die Qualität und Vielfalt des Studiums garantiert und das international wettbewerbsfähig ist. Damit Wirtschaft und Wissenschaft innovationsfähig bleiben, ist es notwendig, dass Unternehmen und Hochschulen Wissen eng vernetzen.

Vielerorts arbeiten Unternehmen und Wissenschaft bereits sehr erfolgreich zusammen, zum Beispiel bei Drittmittelprojekten, bei Abschlussarbeiten oder im dualen Studium. Diese Zusammenarbeit mit den Hochschulen gilt es weiter zu stärken.

Eine weitere Aufgabe der bayerischen Hochschulen ist es, sich im nationalen und internationalen Wettbewerb um die besten Studierenden und Wissenschaftler zu behaupten. Darüber hinaus hat die zunehmende Durchlässigkeit des Bildungssystems dazu geführt, dass die Gruppe der Studierenden heute heterogener ist als noch vor zehn Jahren. Hinzu kommen im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung neue Anforderungen des Arbeitsmarktes an die Absolventen und die Hochschule selbst.

Um das bayerische Hochschulsystem für die Zukunft richtig aufzustellen, empfiehlt die vbw:

- Kernziel der bayerischen Hochschulpolitik muss es sein, die Exzellenz der Hochschulen und ihrer Absolventen zu sichern. Die Studierenden müssen eine hochwertige Ausbildung erhalten, die sich an differenzierte Zielgruppen richtet und Wissen sowie Kompetenzen nach den neuesten Lehr- und Lernmethoden vermittelt.
- Die digitale Transformation verändert die Anforderungen an Hochschulen und Absolventen enorm. Für eine zeitgemäße und qualitativ hochwertige Lehre müssen die Lehrenden entsprechend aus- und weitergebildet werden.
- Die Studierenden der bayerischen Hochschulen müssen auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet werden. Praxisphasen in den Studiengängen sind ebenso notwendig wie der weitere Ausbau des dualen Studiums, der akademischen Weiterbildung und die Förderung des Unternehmergeistes.
- Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft sind auszubauen, etwa durch Personalaustausch. Für Dozenten müssen Praxiserfahrungen auf ihrem Karriereweg förderlich sein.

- 18 Jahre nach Beginn des Bologna-Prozesses brauchen wir eine konstruktive Auseinandersetzung über die Errungenschaften der Reform einerseits und den Optimierungsbedarf andererseits.
- Die Studierenden müssen ihr Studium erfolgreich abschließen. Die Studienbedingungen sind deshalb weiter zu verbessern, die hohe Abbruchquote muss sich halbieren.
- Internationalität muss Merkmal jeder Hochschulstrategie sein – auch deshalb, um die besten Studierenden und Wissenschaftler nach Bayern zu bringen.
- Hochschulen müssen auf Basis einer langfristig gesicherten Finanzierung eigenverantwortlich agieren können. Auch die Eigenständigkeit der Länder im Hochschulbereich muss weiterhin sichergestellt sein.
- Qualitätsmanagement ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen. Alle bayerischen Hochschulen müssen deshalb ein transparentes und verlässliches Qualitätsmanagementsystem implementieren.

1 Arbeitsmarktorientierung stärken

Berufspraxis und Fachkräftebedarf im Blick haben

Die Basis für Innovationen und den Erfolg der bayerischen Unternehmen sind hervorragend ausgebildete Absolventen sowie eine starke Kooperation zwischen Unternehmen und Wissenschaft. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass die Hochschulpolitik und die Hochschulen selbst die Anforderungen des Arbeitsmarkts erkennen und darauf durch entsprechende Maßnahmen reagieren.

Die Öffnung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte war hier ein wichtiger Schritt. Unternehmen haben dadurch die Möglichkeit, Mitarbeiter in den Themenfeldern weiter zu qualifizieren, in denen der Bedarf groß ist. Positiv ist, dass die staatlichen Hochschulen seit 2011 mit Unterstützung des Wissenschaftsministeriums das Angebot auf mittlerweile 48 berufs begleitende Bachelor-Studiengänge ausgebaut haben.

Auch das duale Studium hat sich als Erfolgsmodell erwiesen, mit dem die Wirtschaft rechtzeitig akademischen Nachwuchs für ihre Unternehmen gewinnen kann. Das duale Studium wächst seit seiner Einführung in Bayern rasant. Waren im Wintersemester 2007 / 2008 bayernweit 1.200 Studierende eingeschrieben, waren es im Wintersemester 2016 / 2017 rund 7.000 dual Studierende.

Die Zahlen zum Fachkräftebedarf, gerade in den Bereichen Informatik und IT, zeigen aber auch, dass nicht nachgelassen werden darf, die akademische Weiterbildung und das duale Studium in Bayern zu stärken. Da sich ein hoher Bedarf nach wie vor in den MINT-Fächern zeigt, sind auch hier noch stärkere Akzente zu setzen, um die Zahl der MINT-Absolventen weiter zu erhöhen, insbesondere dadurch, die Abbrecherrate massiv zu senken.

Eine stärkere Arbeitsmarktorientierung richtet den Blick auf quantitative Bedarfe und darauf, welche qualitativen Anforderungen auf Seiten der Wirtschaft bestehen. So ist es unabdingbar, dass die Nachwuchskräfte von morgen auch auf ihre künftige Berufspraxis vorbereitet werden. Die Hochschulen tragen hier eine wesentliche Mitverantwortung, die noch stärker wahrgenommen werden muss als bisher. Aufholbedarf sehen Unternehmen beim Grundlagenwissen der Absolventen, in der digitalen Medienkompetenz und bei ihrer Fähigkeit, Probleme zu analysieren und zu lösen.

Für ein besseres Verständnis, was der Arbeitsmarkt von den Absolventen erwartet und welche Bedürfnisse die bayerische Wirtschaft hat, sind Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen ein Schlüssel zum Erfolg.

Für eine verstärkte Arbeitsmarktorientierung fordert die vbw:

– Berufsbefähigung der Absolventen gewährleisten

Die vbw fordert, noch mehr Praxiserfahrung in allen Studiengängen zu ermöglichen. Den Hochschulen ist zu empfehlen, zum Beispiel in jeden Studiengang ein studienbegleitendes Praktikum, ein Praxissemester oder das Verfassen einer Abschlussarbeit in Kooperation mit einem Praxispartner aufzunehmen. Während die Hochschulen für angewandte Wissenschaften das praktische Studiensemester als elementaren Bestandteil des siebensemestrigen Bachelors verankert haben, existiert bei Universitäten im Hinblick auf die praktische Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt noch Nachholbedarf. Ziel eines jeden Studiengangs muss zudem sein, die Studierenden in ihrer Persönlichkeit zu stärken und ihre Potenziale zu heben. Dazu bedarf es eines Wandels in der Vermittlung von Wissen – weg von reinen Inhalten, hin zu einer kompetenz- und handlungsorientierten Wissensvermittlung.

– Kooperationen mit der Wirtschaft verstärken

Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen existieren insbesondere im Forschungsbereich bereits, allerdings sind sie häufig geprägt und abhängig von persönlichen Beziehungen. Deshalb sind beide Seiten gefordert, auch die Zusammenarbeit im Bereich der Lehre weiter zu stärken. Dafür ist eine größere Flexibilität beim Personaltransfer notwendig. Besonders geeignet sind Forschungssemester für die Mitarbeiter von Unternehmen. Umgekehrt ist Hochschullehrenden für eine Dauer von einem Semester bis zu fünf Jahren der Weg in die Unternehmen zu öffnen, ohne dass die Dozenten Nachteile beim Karriereaufstieg und bei der Altersversorgung erleiden. Das bayerische Hochschullehrergesetz muss entsprechend angepasst werden. Drittmittelfinanzierungen und Stiftungsprofessuren durch die Wirtschaft sind zudem wichtige Bestandteile der Kooperation. Staat und Wissenschaft müssen administrative Hemmnisse beseitigen.

Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind auch deshalb begrüßenswert, weil es den Hochschulen zunehmend schwerer fällt, geeignetes Personal zu gewinnen. Angesichts attraktiver Arbeitsbedingungen in der Industrie und anspruchsvoller Berufungsvoraussetzungen ist die Rekrutierung von Professorinnen und Professoren häufig eine Mammutaufgabe. Um diese Herausforderung noch besser zu meistern, müssen Personalgewinnungsmöglichkeiten überdacht werden. So ist die Einführung von Tandem-Programmen mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft begrüßenswert. Beispielsweise könnten promovierte Praktiker parallel zu ihrer Tätigkeit in den Unternehmen in Teilzeit Hochschulprofessuren übernehmen. Auch die Wirtschaftsseite kann aus derartigen Modellen Nutzen ziehen, da über Teilzeitprofessuren frühzeitig direkte Kontakte zu Nachwuchskräften entstehen. Der Staat ist dazu aufgefordert, solche Tandem-Projekte zu stärken und zu fördern.

– Unternehmergeist in der Wissenschaft fördern

Unternehmerisches Denken und Handeln muss in die Hochschulen noch stärker einziehen und deren akademischen Auftrag ergänzen. Firmenausgründungen aus

der Hochschule müssen forciert und bestehende Förderangebote erweitert werden. Gründungsaktiven Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten sind Freisemester zu gewähren. Entrepreneurship-Kurse an Hochschulen dürfen keine Ausnahmeerscheinung bleiben. Bei Neuberufungen sind unternehmerische Erfahrungen zu berücksichtigen. Eine breit angelegte Kampagne kann das Gründungsklima zusätzlich verändern. In diese müssen Informations- und Karrieremessen an Hochschulen, zu denen speziell Start-up-Unternehmen eingeladen werden, ebenso integriert werden wie Thementage des Mittelstands an den Hochschulen oder beispielhafte Projekte und Wettbewerbe für Gründungen wie zum Beispiel *5-Euro-Business*.

– Akademische Weiterbildung ausbauen

Rund 90 Prozent der Unternehmen geben an, dass die akademische Weiterbildung in Zukunft von zentraler Bedeutung ist, um den Fachkräftebedarf zu decken. Aus diesem Grund ist das Angebot an berufsbegleitenden Studienmöglichkeiten (z. B. Modulstudien, Zertifikatsstudiengänge, digitale Nano Degrees) in Bayern noch stärker auszubauen, insbesondere in den MINT-Fächern. Der Großteil der Möglichkeiten zur akademischen Weiterbildung auf Bachelor-Niveau wird momentan vor allem von den Hochschulen für angewandte Wissenschaften angeboten. Die Universitäten in Bayern sind aufgefordert, die akademische Weiterbildung auch als eine ihrer Kernaufgaben zu erkennen und entsprechende Angebote zu entwickeln.

– Angebote für beruflich Aus- und Fortgebildete entwickeln

Die Zahl der Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht auf dem klassischen Weg erworben haben wie Meister, Techniker und Fachkräfte mit dreijähriger Berufserfahrung, steigt kontinuierlich. 2016 haben fast 5.300 beruflich Aus- und Fortgebildete in Bayern studiert. Die Durchlässigkeit des Hochschulsystems darf aber nicht nur formal gegeben sein. Die bayerischen Hochschulen müssen die größer werdende Zielgruppe noch stärker in den Blick nehmen als bisher. Die Diversität erfordert differenzierte Angebote – wie spezifische Beratung, Brückenkurse, intensive Betreuung oder Blended Learning. Hier besteht an den bayerischen Hochschulen noch Nachholbedarf. Aus Sicht der Wirtschaft müssen von Beginn an die Möglichkeiten und Optionen in Richtung akademischer Weiterbildung transparenter gestaltet werden: Die Berufsberatung sollte hier Brücken bauen und die Studienmöglichkeiten für Personen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht auf traditionellem Weg erworben haben, noch klarer herausstellen. Auch die Hochschulen müssen ihr Angebotsspektrum transparenter darstellen und die unterschiedlichen Wege aufzeigen.

– Duales Studium stärken

Um die Initiative langfristig zu sichern, fordert die vbw die Politik auf, die finanziellen Ressourcen für das duale Studium in Bayern und damit den Anteil der dual Studierenden weiter zu erhöhen. An den Hochschulen braucht es mehr Kapazitäten, etwa für eigene Koordinatoren, die sich dem Thema „duales Studium“ widmen können. Politik und Hochschulen müssen außerdem gemeinsam sicherstellen, dass jeder Studienanfänger, der von einem Unternehmen für ein duales Studium ausgewählt

wurde, einen Studienplatz an einer Hochschule erhält. Hier darf es keine Zulassungsbeschränkungen geben. Das duale Studium ist zudem konzeptionell zu ergänzen. So bedarf es beispielsweise einer noch besseren Verzahnung der Lernorte (Hochschule, Berufsschule, Unternehmen). Zu diskutieren ist auch, wie das Transferlernen (Theorie / Praxis) noch besser gelingen kann. Das duale Studium muss darüber hinaus auch an den bayerischen Universitäten auf- und ausgebaut werden. Zudem ist das duale Masterstudium in Bayern zu stärken. Es wird von Unternehmen vor allem als strategisches Personalentwicklungsinstrument genutzt.

– Transparenz beim Bildungsangebot weiter erhöhen

Schon heute gibt es insbesondere im staatlichen Bereich vielfältige Rechercheinstrumente, die einen Überblick über Studienangebote ermöglichen. Private Anbieter haben hier nicht immer die gleichen Optionen. So verfügt Bayern zum Beispiel über eine Fülle von hochwertigen, oft hoch spezialisierten Akademien. Aufnehmende Unternehmen, potentielle Teilnehmer sowie Hochschulen können die Qualität der Institutionen und die von ihnen vermittelten Abschlüsse nicht immer zweifelsfrei einschätzen. Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb 2017 beschlossen, ein Zertifizierungsverfahren zu entwickeln für private Weiterbildungseinrichtungen, von denen sich eine Vielzahl für eine staatliche Anerkennung einsetzen. Diese sollen sich in Zukunft einem freiwilligen Evaluationsverfahren unterziehen können, um das Qualitätssiegel „Akademie in Bayern“ zu erhalten. Die vbw empfiehlt, bei der Ausarbeitung inhaltlicher Kriterien die Heterogenität der bayerischen Akademienlandschaft zu berücksichtigen und den bürokratischen Aufwand für die Akademien so gering wie möglich zu halten.

2 Entwicklungsbedarf erkennen

Bologna-Prozess reflektieren und Bildung mit Forschung vernetzen

Die bayerische Wirtschaft ist weiterhin von den Zielen der Bologna-Reform überzeugt. Der Kurs an den Hochschulen muss darum konsequent fortgeführt werden. 18 Jahre nach dem Start des Bologna-Prozesses braucht es einen konstruktiven Diskurs über die Weiterentwicklung. Wichtig ist, dass der eingeschlagene Weg fortgesetzt wird. Die Ergebnisse der Reform pauschal schön oder schlecht zu reden, ist nicht zielführend.

Zu einem konstruktiven Dialog zählt auch, langfristig das Verhältnis von akademischer und beruflicher Bildung in den Blick zu nehmen und die beiden Bereiche nicht als Konkurrenz zu verstehen. Vielmehr bedarf es eines Dialogs über gemeinsame Bedarfe und Entwicklungsmöglichkeiten. Hier sind alle gefordert: Politik, Wissenschaft und Wirtschaft.

Die Bologna-Reform hat das bayerische Hochschulsystem nachhaltig positiv beeinflusst. Fast alle Studiengänge in Bayern sind auf eine einheitliche und vergleichbare Struktur umgestellt. Die Studierenden schließen ihr erstes Studium zudem früher ab. Die Grundlage für einen frühzeitigen Arbeitsmarkteintritt ist somit gegeben. Auch in der Wirtschaft sind die neuen Studienabschlüsse gelebte Realität. Insbesondere Absolventen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften wechseln mit dem Bachelor-Abschluss in eine Berufstätigkeit, eine große Mehrheit der bayerischen Unternehmen ist mit dem akademischen Nachwuchs und seiner Leistungsfähigkeit zufrieden.

Dennoch haben sich einige Entwicklungen ergeben, die zeigen, dass der Prozess noch längst nicht abgeschlossen ist und weiterhin Handlungsbedarf besteht. Viele Bachelor-Absolventen, insbesondere von Universitäten, schließen direkt nach ihrem Abschluss einen Masterstudiengang an. So hat die Zahl der erwerbstätigen Bachelor-Absolventen noch nicht die Anzahl erreicht, die aus Sicht der Wirtschaft wünschenswert wäre. Auch werden die neuen Abschlussarten immer wieder diskreditiert und eine Rückkehr zum System der alten Abschlüsse gefordert. Vor allem die Universitäten hadern mit der Umsetzung. Hinzu kommt, dass die Kompatibilität von Bachelor- und Masterstudiengängen aus unterschiedlichen Fachrichtungen nicht immer gewährleistet ist.

Die Vereinheitlichung der Abschlussarten und Studienorganisation im Rahmen des Bologna-Prozesses hat zwar zu vergleichbaren Abschlüssen geführt, bislang allerdings noch nicht zu einer einheitlichen Praxis der Anerkennung von Studienleistungen und damit zu einer besseren Vergleichbarkeit. Hier bestehen Defizite und restriktive Handhabungen an den Hochschulen. Das führt dazu, dass ein Hochschulwechsel innerhalb Bayerns, Deutschlands und der EU erschwert wird. Auch die Möglichkeit der Anrechnung von formell und informell erworbenen Kompetenzen wird von den staatlichen Hochschulen bislang nur sehr eingeschränkt genutzt.

Der technologische Wandel erfordert außerdem eine stärkere Vernetzung von Bildung und Forschung. Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der Hochschulen sind ein stärkeres Maß an Inter- und Transdisziplinarität und auch hochschul(art)übergreifende Kooperationen.

Zur Optimierung fordert die vbw:

– Bologna-Prozess anerkennen

Der Bologna-Prozess muss konsequent anerkannt werden. Ein kontinuierliches Infragestellen der Reform an sich ist rückwärtsgerichtet und nicht zielführend. Dies trifft auf Forderungen nach einer Wiedereinführung des Diploms ebenso zu wie auf das Lamentieren von Teilen der Hochschulvertreter über die vermeintlich negativen Ergebnisse der Bologna-Reform. Dabei übersehen die Kritiker vor allem Eines: Eine breite und hochschulübergreifende Rückkehr zu Diplom-Titeln hätte einen kaum zu überblickenden Flickenteppich akademischer Grade und Laufbahnen zur Folge – mit negativen Konsequenzen für Absolventen, Hochschulen und Unternehmen. Die Anerkennung des Bologna-Prozesses schließt dessen Optimierung allerdings nicht aus. So ist beispielsweise die Studiendauer des Bachelor flexibel zu gestalten – mit bis zu acht Semestern, wie von Beginn an vorgesehen. Der Aufruf der Kultusministerkonferenz (KMK) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), nach dem die Hochschulen aufgrund einer zunehmend heterogenen Studierendenschaft in Zukunft in der Lage sein sollen, Studienverläufe individueller und flexibler zu gestalten, verdient unsere volle Unterstützung.

– Studiengänge attraktiv und studiengerecht gestalten

Die Gestaltung der Studiengänge obliegt den Hochschulen selbst. Insbesondere die Universitäten müssen die Chancen, die durch die Bologna-Reform bestehen, noch stärker nutzen. Die häufig angeführten Probleme bei der Studienstruktur und der Studiengestaltung müssen von den Hochschulen selbst gelöst werden. Dies setzt jedoch die Akzeptanz der neuen Studienstruktur voraus. Ziel muss es sein, die Studiengänge so zu konzipieren, dass sie die Persönlichkeit der Studierenden stärken und auch ihre späteren Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt im Blick haben. Beide Ziele gleichermaßen zu erreichen, liegt in der Hand der Hochschulen.

– Profilbildung der Hochschulen stärken

Die Hochschulen müssen die Chancen der Bologna-Reform noch stärker dazu nutzen, an ihrer Profilbildung zu feilen und Schwerpunkte in Forschung und Lehre zu setzen. Merkmal einer Profilbildung ist dabei nicht zwingend die Abgrenzung gegenüber anderen Hochschulen. Kooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen können ebenso profilbildend sein wie thematische Kooperationen mit anderen Hochschulen. Die Politik ist aufgefordert, die Rahmenbedingungen entsprechend zu gestalten und die Profilbildung durch projektorientierte Maßnahmen zu unterstützen.

– Standortkonzepte entwickeln

Die Wissenschaftslandschaft in Deutschland erlebt schon jetzt einen Wettbewerb der Standorte um Exzellenz und Innovationskraft. Aus diesem Grund müssen die bayerischen Hochschulregionen alle relevanten Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in den Prozess der Weiterentwicklung integrieren. Diejenigen Standorte haben die besten Erfolgsaussichten, die exzellente Forschung und Lehre, Aus- und Weiterbildung sowie Transfer und wirtschaftliche Aktivitäten zu einem leistungsfähigen Innovationssystem verbinden – mit regionaler, nationaler und internationaler Ausstrahlung.

– Begabtenförderung erweitern

Vor dem Hintergrund eines permanenten Innovationsdrucks bemühen sich zahlreiche Unternehmen verstärkt um die Rekrutierung besonders qualifizierter Studierender. Als aussagekräftige Referenz für die Personalabteilungen der Unternehmen gilt unter anderem, ob ein Absolvent von einem Begabtenförderungswerk unterstützt wurde. Während die Begabtenförderung an den Universitäten etabliert ist und von vielen Studierenden in Anspruch genommen wird, gibt es im Bereich der Hochschulen für angewandte Wissenschaften Nachholbedarf. Hier gilt es nachzusteuern, zumal die Hochschulen für angewandte Wissenschaften einen vergleichsweise hohen Anteil First-in-Family-Studierender haben. Diesen Studierenden sind die Prozesse der Begabtenförderung häufig völlig unbekannt. Aus diesem Grund haben das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst und die vbw die Initiative *Begabtenförderung an bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften* ins Leben gerufen, die darauf abzielt, Begabungspotentiale frühzeitig zu erschließen und die Begabtenförderung an den bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften zu systematisieren. Die Ergebnisse des Modellvorhabens müssen evaluiert und schnellstmöglich in der Fläche verankert werden.

– Inter- und Transdisziplinarität forcieren

Weil die Arbeitsmärkte verstärkt nach interdisziplinär ausgebildeten Arbeitnehmern verlangen und die Wirtschaft an technologischen Schnittstellen mehrfach qualifizierte Experten benötigt, müssen die Fakultäten traditionelle Grenzen überwinden und stärker zusammenarbeiten – auch im Verbund mit anderen Hochschulen. Hierfür muss die Kompatibilität von Bachelor- und Masterstudiengängen gestärkt werden. So könnte man beispielsweise einen Bachelor-Absolventen der Biotechnologie für ein Masterstudium in Informatik motivieren. Die Stärkung der Interdisziplinarität setzt allerdings eine durchgängige Hochschulstrategie voraus: Während die Bachelorphase hierfür generalistisch ausgerichtet sein muss, sollte die fortgeschrittene Master- bzw. Promotionsphase der Spezialisierung dienen.

– Einheitliches Anrechnungs- und Anerkennungssystem implementieren

Die Anerkennung von Studienleistungen ist durch eine umfassende Anwendung der Lissabon-Konvention und der Instrumente ECTS und Diploma Supplement konsequent umzusetzen. Die Möglichkeit der Anerkennung von Studienleistungen muss von den Hochschulen und Professoren studierendengerecht gehandhabt werden, damit Mobilitätshindernisse beseitigt werden. Deshalb fordert die vbw die Hochschu-

len mit Unterstützung der Politik auf, ein einheitliches und transparentes System zur Anerkennung von Studienleistungen innerhalb Bayerns und nachfolgend für ganz Deutschland zu entwickeln.

- Formell und informell erworbene Kompetenzen anerkennen
Die Möglichkeit einer Anrechnung von bis zu 50 Prozent der Studienleistung wird von den bayerischen Hochschulen im Vergleich zu den europäischen Nachbarn nicht ausreichend genutzt. Formell und informell erworbene Kompetenzen – beispielsweise durch eine berufliche Ausbildung bzw. langjährige Berufserfahrungen oder durch Weiterbildungen bei privaten und staatlichen Bildungsanbietern – müssen von den Hochschulen deshalb in noch höherem Maße anerkannt werden. Die Anerkennung von Kompetenzen darf dabei nicht willkürlich erfolgen, sondern sollte sich an einheitlichen Standards orientieren.
- Keine Verwässerung der Abschlüsse und Titel
Die Freiheiten, die durch den Bologna-Prozess entstanden sind, dürfen nicht zur Verwässerung führen. Bachelor und Master sind akademische Abschlüsse. Eine willkürliche Verwendung der Abschlussbezeichnungen auch für nicht-akademische Abschlüsse wie der Bachelor-Professional, ist intransparent und gerade für Unternehmen nicht nachvollziehbar. Wo Bachelor drauf steht, muss auch Bachelor drin sein. Bestrebungen der Europäischen Ingenieurkammer (European Council of Engineers Chambers), einen gemeinsamen europäischen Ausbildungsrahmen für Ingenieure festzulegen, erteilen wir eine klare Absage, zumal die relevanten Akteure wie Arbeitgeber, Wissenschaft, Hochschulen und Ministerien bei der Ausarbeitung des Kammerentwurfs nicht beteiligt waren. Zudem darf die Kammer mit ihren Vorschlägen zu den akademischen Anforderungen an den Ingenieurberuf keinesfalls die Hochschulautonomie infrage stellen.
- Kooperationen mit privaten Anbietern fördern
In Bayern gibt es eine Vielzahl von Bildungsanbietern und Hochschulen in privater Trägerschaft. Die Hochschulen sollten diese noch stärker für eine Zusammenarbeit und in Fragen der Anerkennung von Studienleistungen in den Blick nehmen. Der Staat ist aufgefordert, die modellhafte Erprobung von Kooperationen zu ermöglichen und zu fördern.

3 Qualität sichern

Transparente und verlässliche Prozesse entwickeln

Wie Unternehmen sind auch Hochschulen für die Qualität ihrer Produkte, der Studiengänge, selbst verantwortlich. Sie ist das entscheidende Kriterium, wenn es darum geht, in Konkurrenz mit anderen Hochschulen die besten Köpfe zu gewinnen. Für Unternehmen ist die Qualitätssicherung an Hochschulen ein wichtiger Indikator, um sicherzugehen zu können, dass die Absolventen und künftigen Mitarbeiter einen vergleichbaren Mindeststandard an Kompetenzen aus ihrem Studium mitbringen. Zudem spielt die Qualität der Hochschule für die Wirtschaft eine entscheidende Rolle bei der Auswahl von Weiterbildungsprogrammen für die eigenen Mitarbeiter.

Auch Studierende müssen sich auf die Qualität ihrer akademischen Ausbildung verlassen können, damit sie ihre beruflichen Perspektiven und die Chancen auf eine erfolgreiche Erwerbsbiografie erhöhen. Für die Hochschulen selbst sind die Qualitätssicherung und ein generelles Qualitätsmanagement unerlässlich, da diese ihre Reputation und ihr Profil maßgeblich beeinflussen.

In der bayerischen Hochschullandschaft setzt sich die Systemakkreditierung als hochschulinternes Instrument zur eigenverantwortlichen Qualitätssicherung immer mehr durch. Von den neun staatlichen Universitäten und den 17 staatlichen Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind zum Jahresende 2017 bereits acht Hochschulen systemakkreditiert, zwei weitere Verfahren laufen derzeit. Die vbw begrüßt diese Entwicklung, da sie die Hochschulautonomie stärkt. Hochschulen müssen aber auch in Zukunft frei zwischen der Programm- und der Systemakkreditierung entscheiden können.

Die grundsätzliche Kritik am Akkreditierungswesen durch einige Hochschulprofessoren ist nicht zielführend. Schließlich stehen Hochschulen gegenüber Staat und Gesellschaft in der Verantwortung. Studiengänge müssen bestimmte Grundanforderungen wie etwa die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen gewährleisten. Zur unabhängigen Prüfung der Studiengänge braucht es daher ein transparentes Akkreditierungssystem.

Für die Qualitätssicherung an den bayerischen Hochschulen fordert die vbw:

- Verlässlichkeit und Transparenz der Qualitätssicherung gewährleisten
Aus Sicht der Wirtschaft ist es zwingend notwendig, dass Hochschulen eine transparente und verlässliche Qualitätssicherung gewährleisten und die Qualität der hochschulischen Ausbildung weiter ausbauen. Studierende wie auch Unternehmen müssen sich darauf verlassen können, dass die Qualität der Ausbildung und der Lehre sowie der Institution selbst garantiert ist. Deshalb sind die Hochschulen aufgefordert, die Ergebnisse ihrer Maßnahmen zur Qualitätssicherung offen und trans-

parent zu kommunizieren. Dies gilt gleichermaßen für den Prozess zur Qualitätssicherung.

– Qualitätsmanagement an den Hochschulen implementieren

Die bayerischen Hochschulen müssen ein internes Qualitätsmanagement wie die Systemakkreditierung aufbauen, mit dem kontinuierlich und langfristig die Qualität der Hochschulen und der akademischen Ausbildung in Bayern gesichert ist. Als Orientierung können die Formate des Qualitätsmanagements in den Unternehmen fungieren. Beim Aufbau des hochschulischen Qualitätsmanagements empfiehlt die vbw den Hochschulen deshalb, die Kompetenz und Expertise der Wirtschaft einzubinden und Unternehmen als Ratgeber zu gewinnen.

– Weiterentwicklung der Akkreditierung

Im Juni 2017 haben die 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten den sogenannten „Akkreditierungsstaatsvertrag“ unterzeichnet, der die Grundzüge des neuen Akkreditierungssystems in Deutschland regelt. Die Entscheidungsfunktion wechselt von den zehn spezialisierten Agenturen zum Akkreditierungsrat. Die Arbeitgeber haben sich dafür eingesetzt, dass die Akkreditierungsverfahren für Hochschulen, Länder und Sozialpartner weder aufwändiger noch teurer werden dürfen. Zudem muss sichergestellt sein, dass die Akkreditierungen von Studiengängen auch in Zukunft zügig abgeschlossen werden. Das neue Akkreditierungssystem sieht zudem eine Experimentierklausel als stetigen dritten Weg neben Programm- und Systemakkreditierung vor. Diese Neuerung darf nicht dazu führen, dass bestehende Kontrollinstrumente umgangen werden. Denkbar ist aber beispielsweise die Erprobung innovativer Auditierungsverfahren. Die Staatsregierung ist gefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die neuen Akkreditierungsregelungen nach einer Einführungsphase geprüft werden. Sollte es zu einer Verkomplizierung oder einer Verteuerung der Verfahren kommen, muss das System optimiert werden.

– Evaluation der bayerischen Hochschulen

Analog zu schulischen Evaluationsverfahren ist die Politik aufgefordert, alle bayerischen Hochschulen und ihre jeweiligen Fachbereiche im Rhythmus von fünf Jahren mit einer externen Expertenkommission zu evaluieren. Die Kommission muss mit Vertretern aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft besetzt sein und hat beratende Funktion. Dies muss insbesondere für die Hochschulen gelten, die nicht systemakkreditiert sind.

4 Die Chancen der Digitalisierung nutzen

Die Hochschullehre auf den neuesten Stand bringen

Der Bedarf der Wirtschaft an Mitarbeitern mit digitalen Kompetenzen wächst. Gerade in industriestarken Regionen wie Bayern haben Unternehmen große Schwierigkeiten, offene Stellen mit IT-Fachkräften zu besetzen. Die Unternehmen suchen vor allem nach Informatikern und mehrfach qualifizierten Absolventen, die an technologischen und systemischen Schnittstellen zum Einsatz kommen. Gefragt sind auch Mitarbeiter, die über den gesamten Produktentwicklungszyklus hinweg das Zusammenspiel der beteiligten Einzeldisziplinen managen und die steigende Vernetzung steuern können.

Gerade im Bereich neuer digitaler Berufsbilder offenbart der Erfolg privater Onlineakademien Schwächen im deutschen Hochschulsystem. In Konkurrenz zu den klassischen Bildungsstätten formen Anbieter wie Udacity ihre Kunden in kurzer Zeit zu Machine-Learning-Engineers oder zu Data-Analysts. Am Ende solcher Aus- und Weiterbildungsformen stehen weder Bachelor noch Master, sondern sogenannte Nano Degrees. Empfehlenswert ist es deshalb, dass die staatlichen Hochschulen auf diesen Trend angemessen reagieren, indem sie das System der Modulstudien ausweiten und das Angebot akademischer Weiterbildungsmöglichkeiten gerade im Bereich der Digitalisierung und der Informatik vergrößern.

Die Hochschulen sind aber nicht nur gefordert, die Zahl der Absolventen mit IT-Hintergrund zu steigern. Der digitale Wandel verändert auch die Anforderungen an die Hochschullehre im Allgemeinen. Zwar setzen die deutschen Hochschulen bereits seit vielen Jahren auf E-Learning-Angebote, richtungsweisende didaktische Veränderungen halten sich indes in Grenzen. Lediglich jede dritte Hochschule räumt der digitalen Lehre einen hohen Stellenwert ein, nur eine Minderheit nutzt laut Hochschulforum für Digitalisierung die digitalen Möglichkeiten für die akademische Weiterbildung. Dabei liegen die Vorteile auf der Hand: Onlinebasierte Befragungen im Vorfeld von Vorlesungen und Seminaren liefern den Lehrenden Erkenntnisse über Leistungsstand und Themenverständnis ihrer Studierenden. Dank innovativer Inverted-Classroom-Modelle können Präsenzveranstaltungen zur Vertiefung des Gelernten aufgewertet werden. Die computergesteuerte Analyse des individuellen Lernverhaltens optimiert wiederum Lernprozesse. Frei zugängliche, digitale Lernmaterialien können zudem den Rechercheprozess verkürzen und ermöglichen eine parallele, von Ort und Zeit unabhängige Verfügbarkeit von Fachliteratur.

Auch die Studierenden selbst haben veränderte Erwartungen an die Hochschulen und bevorzugen verstärkt solche Bildungseinrichtungen, die eine zeitgemäße Ausbildung garantieren. In den „Digital Humanities“ zum Beispiel verschmelzen die traditionellen Geisteswissenschaften mit der Informatik. Derartige Prozesse müssen gestärkt und weiter vorangetrieben werden.

Um den Anforderungen der Digitalisierung gerecht zu werden, fordert die vbw:

- Kompetenzprofile bei Berufungsverfahren anpassen
Digitale Kompetenzen sind verstärkt auch bei Berufungsverfahren einzufordern, die Kandidaten sollten hier den Ansprüchen der modernen Arbeitswelt gerecht werden.
- Lehrinhalte und Lehrformen flexibilisieren
Der Rechtsrahmen sollte Dozenten eine größere Flexibilität zur kurzfristigen Anpassung von Lehrinhalten und Lehrformen gestatten, um auf technologische und andere Anforderungen schneller reagieren zu können.
- Digitale Infrastruktur ausbauen
Die digitale Infrastruktur an den Hochschulen muss massiv ausgebaut werden. Denn Cloud-Lösungen, maschinelles Lernen oder Kollaborationsprogramme verbessern sowohl die Lehre als auch das Management der Bildungsstätten.
- Weiterbildung der Hochschullehrer
Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist das eine, der Umgang damit in der Lehre das andere. Grundvoraussetzung ist hierfür, dass sich die Hochschullehrer in der Anwendung digitaler Medien und auch in der Vermittlung digitaler Kompetenzen weiterbilden.
- Mehr Informatiker zum Abschluss bringen
Die Hochschulen sind aufgefordert, die Zahl der Informatikabsolventen, die 2015 in Deutschland bei rund 24.500 und in Bayern bei rund 4.200 Absolventen lag, zu erhöhen.
- Neue Studiengänge implementieren
Weil insbesondere Datenanalyse und -aufbereitung an Bedeutung gewinnen, empfiehlt es sich, dass Hochschulen neue Studiengänge in ihr Angebot aufnehmen bzw. bestehende Studiengänge wie Data Scientist oder Data Engineer weiterentwickeln. Auch das Wissen über die rechtlichen Rahmenbedingungen der Digitalisierung sollte stärker als bisher Eingang in das Studienangebot finden.
- Digitale Grundausbildung für alle Studierende
Weil die Digitalisierung in nahezu allen Berufsfeldern von hoher Relevanz ist, ist die Vermittlung einer allgemeinen technischen Grundausbildung an den Hochschulen unerlässlich – gerade auch in solchen Studiengängen, die nicht direkt dem IT- und Informatikbereich zuzuordnen sind.

5 Studienbedingungen verbessern

Studienabbrüche reduzieren und flexible Studienmöglichkeiten schaffen

Nur wer unter guten Rahmenbedingungen studiert, wird sein Studium erfolgreich beenden und die notwendigen Kompetenzen erwerben, die für einen späteren Beruf wichtig sind. Die Lehre als Bestandteil der Studienbedingungen ist ein elementarer Schlüssel auf dem Weg zu kompetenten Absolventen. Je besser die Absolventen wiederum ausgebildet sind, desto erfolgreicher werden sie auf dem Arbeitsmarkt sein und damit den Erfolg der Unternehmen maßgeblich mittragen.

Bereits seit Jahren setzt sich die vbw gemeinsam mit den Bayerischen Metall- und Elektro-Arbeitgeberverbänden bayme vbm für eine Verbesserung der Studienbedingungen ein. Gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst haben die Verbände 2008 das Projekt Wege zu mehr MINT-Absolventen ins Leben gerufen und bis 2011 Maßnahmen zur Vermeidung von Studienabbrüchen entwickelt und umgesetzt. Zwischen 2012 und 2015 folgte das Projekt Best MINT, das ebenfalls dazu beigetragen hat, die Studienbedingungen an den Hochschulen weiter zu verbessern. Derzeit unterstützen die Verbände mit MINTerAKTIV – Mit Erfolg zum MINT-Abschluss in Bayern das dritte Projekt der Reihe, das nahtlos an die zwei Vorgängerprojekte anknüpft und neben den übergeordneten Zielen „MINT-Förderung“ und „Prävention des Studienabbruchs“ die Regionalisierung der Bildungsangebote, die Begabtenförderung, den richtigen Umgang mit der studentischen Heterogenität (Diversity) sowie die optimale Vernetzung im Übergang von der Schule ins Studium vorantreibt.

Attraktive Studienbedingungen zeichnen sich durch vielfältige Maßnahmen aus: unter anderem durch eine intensive Betreuung der Studierenden von Anfang an, durch die Identifikation von Problemen im Studienverlauf und entsprechende Beratungsangebote, durch kompetente Hochschuldozenten, die nach den neuesten didaktischen Lern- und Lehrmethoden soziale, fachliche und methodische Kompetenzen vermitteln und durch die Möglichkeit für Studierende, ihr Studium flexibel und entsprechend ihrer Lebensumstände zu gestalten.

Dass die Studienbedingungen weiter zu optimieren sind, zeigen die noch immer zu hohen Studienabbruchquoten. Gerade in den für den Arbeitsmarkt wichtigen MINT-Studiengängen bricht mehr als jeder Dritte sein Studium ab. Das ist nicht nur eine persönliche Niederlage für jeden Einzelnen, sondern in Zeiten des Fachkräftebedarfs ein Verlust, den sich die Wirtschaft nicht leisten kann. Auch bei der Flexibilisierung der Studiengestaltung werden die Chancen, die durch die Modularisierung der Studiengänge entstanden sind, von den Hochschulen noch nicht ausgeschöpft. Modular, berufsbegleitend oder in Teilzeit zu studieren ist in Bayern immer noch eine Seltenheit.

Positiv zu bewerten ist hingegen die Einführung einer Studienverlaufsstatistik. 2016 haben Bundestag und Bundesrat den Gesetzentwurf zur Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes angenommen und damit auch eine langjährige Forderung der vbw erfüllt. Statistikämter erfassen seit Beginn des Sommersemesters 2017 nun auch die Gründe einer Exmatrikulation bzw. Beurlaubung. Damit ist die Grundlage geschaffen, Studienverläufe zu verfolgen. Aus Sicht der vbw ist diese Neuerung von entscheidender Bedeutung: Denn nur wer die Ursachen des Studienabbruchs kennt, kann sie wirkungsvoll bekämpfen und dafür sorgen, dass ein höherer Anteil des akademischen Nachwuchses sein Studium erfolgreich beendet. Ziel muss es sein, die Studienabbrucherquote von derzeit 29 Prozent (Bachelorstudiengänge) zu halbieren. Dieser Wert sollte durch die Einführung der Studienverlaufsstatistik schneller und effizienter zu erreichen sein. Hierzu ist es nötig, dass die Hochschulen die neu gewonnenen Erkenntnisse auch für ein Konzept zur Verminderung der Studienabbrucherzahlen nutzen.

Für die Verbesserung der Studienbedingungen fordert die vbw:

- Maßnahmen gegen Studienabbruch durchführen
Universitäten und Fachhochschulen sind gefordert, ihre Effizienz und ihren Output weiter zu verbessern. Ein wichtiges Mittel hierfür ist die Reduzierung der Studienabbruchquoten. Die Identifizierung von Studierenden, die von einem Studienabbruch gefährdet sind, reicht nicht aus. Politik und Hochschulen müssen noch mehr Maßnahmen wie *MINTerAKTIV – Mit Erfolg zum MINT-Abschluss in Bayern* auflegen. Dazu braucht es weitere finanzielle Mittel von Seiten der Politik. Diese müssen insbesondere für Maßnahmen eingesetzt werden, die Studienabbrüche in der Studieneingangsphase verhindern. Studienorientierung muss zudem früher ansetzen und ist Aufgabe der Schulen. Außerdem muss es die Regel sein, dass Studierende vor der Immatrikulation ihre Eignung für das avisierte Studium nachweisen.
- Zielgruppengerechte Methoden und Didaktik einsetzen
Die Hochschulen und ihre Lehrenden müssen sich auf heterogene Zielgruppen einstellen. Die Diversität der Studierenden erfordert eine differenzierte Didaktik und Methodik. Für die Vermittlung von sozialen, methodischen und fachlichen Kompetenzen sind didaktisch anerkannte Methoden anzuwenden. Hochschullehrende müssen die Befähigung besitzen, Inhalte und Kompetenzen nach den neuesten Standards zu vermitteln. Lehrende sollen einen verpflichtenden Nachweis ihrer didaktischen Kompetenz erbringen und die Möglichkeit haben, sich hochschuldidaktisch weiterzubilden und beraten zu lassen. Gute Lehre muss sich lohnen und honoriert werden. Deshalb sind die Hochschulen zudem gefordert, auch für die Lehre Leistungsanreize zu setzen.

– Flexible Studienformate für differenzierte Zielgruppen anbieten

Die Hochschulen müssen ihre differenzierten Zielgruppen stärker in den Blick nehmen und Angebote entwickeln, die die unterschiedlichen Voraussetzungen – zum Beispiel Berufstätigkeit oder Kindererziehung – berücksichtigen. Die Wirtschaft fordert die bayerischen Hochschulen deshalb auf, ihre Studienformate flexibler zu gestalten und ihr Angebot an Teilzeitstudiengängen, modularen und berufsbegleitenden Studiengängen auszubauen, damit die Studierenden die Möglichkeit haben, ein Format zu wählen, das zu ihrer Lebenssituation passt.

6 Internationalität ausbauen

Strategien entwickeln und attraktive Rahmenbedingungen schaffen

Aus Sicht der Wirtschaft ist es wichtig, in Zeiten des internationalen Wettbewerbs und der Globalisierung international kompetente Hochschulabsolventen als Mitarbeiter zu gewinnen. Deshalb ist es notwendig, dass der Hochschulstandort Bayern die klügsten und besten Köpfe hervorbringt. Um dieses Ziel zu erreichen, muss einerseits die internationale Qualifizierung der bayerischen Studierenden voranschreiten. Ziel der Hochschulen muss es sein, die Nachwuchsakademiker auf ein multinationales Berufsumfeld vorzubereiten, interkulturelle Fähigkeiten zu fördern und schon während des Studiums Offenheit gegenüber anderen Kulturen zu vermitteln. Andererseits muss der Standort Bayern für Studierende und Wissenschaftler aus dem Ausland noch attraktiver gestaltet werden. Zum einen benötigen die Hochschulen mehr exzellentes Personal für Lehre und Forschung. Gerade die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben derzeit Rekrutierungsprobleme. Zum anderen helfen Studierende aus dem Ausland dabei, nach ihrem Studienabschluss Fachkräftengpässen gerade im MINT-Bereich entgegenzuwirken. Wie eine Studie des IW Köln aus dem Jahr 2017 untermauert, ist die akademische Ausbildung ausländischer Studierender ein gesamtfiskalisch lohnendes Unterfangen.

Die Internationalisierung der deutschen Hochschulen ist in den letzten Jahren insgesamt vorangekommen. Es bleibt jedoch immer noch viel zu tun. Nur etwa ein Drittel aller Hochschulabsolventen hat Auslandserfahrung. Die Abbruchquoten der international Studierenden sind mit über 40 Prozent zu hoch. Unter allen Bachelor-Studierenden liegt die Abbruchquote bei 29 Prozent. Berufungen aus dem Ausland sind – trotz steigender Tendenz und entsprechender Förderinstrumente gerade auch in Bayern – noch immer selten. Die Hochschulen müssen ihre internationalen Aktivitäten daher weiter systematisieren und strukturieren. Das Ziel muss eine umfassende Strategie sein, die alle Bereiche der Hochschulen einbezieht.

Die vbw setzt sich für die Internationalisierung der bayerischen Hochschulen ein und unterstützt das Projekt „Study & Work International – Aus Bayern in die Welt“, des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, das unter anderem internationale Praktika an bayerische Studenten vermittelt. Darüber hinaus fungiert die vbw auch als Sponsor der Förderlinie „Studienerfolg international Studierender“. Ziel ist es hier, die hohen Abbruchquoten ausländischer Vollstudierender zu reduzieren. Die Projekte zeigen, dass die Staatsregierung mit ihrem Finanzierungspaket zur Internationalisierung der bayerischen Hochschulen bereits den richtigen Weg eingeschlagen hat. Dieser Weg muss nun konsequent fortgeführt werden, um noch mehr internationale Spitzenkräfte für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bayern zu gewinnen.

Damit das bayerische Hochschulsystem noch internationaler wird, fordert die vbw:

– Entwicklung eines Gesamtkonzepts

Die Hochschulen müssen den Weg der Internationalisierung konsequent weitergehen und auch die Nachwuchsförderung und das Hochschulpersonal einbeziehen. Die Hochschulen sind aufgefordert, die Internationalisierung als Teil ihrer Profilbildung zu verstehen und die damit verbundenen Fragestellungen zeitgemäß zu beantworten. Hochschulen, denen es gelingt, aktiver Teil globaler Netzwerke und Wissenssysteme zu werden, bleiben für wissenschaftliches Personal und Studierende attraktiv. Die Politik muss die Hochschulen in diesem dynamischen Prozess unterstützen und beispielsweise Möglichkeiten bieten, auch im Ausland präsent zu sein, etwa über Auslandsdependancen.

– Ausbau von internationalen Studiengängen

Zu viele Studierende schließen ihr Studium ohne internationale Erfahrung ab. Aus diesem Grund sind von den Hochschulen verlässliche Mobilitätsfenster in den Studiengängen zu verankern. Überdies sind die Hochschulen gefordert, die Anzahl integrierter internationaler Studiengänge sowie den Anteil englischsprachiger Studiengänge zu erhöhen und dabei mit ausgewählten Partnerhochschulen zusammenzuarbeiten. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit ist auch zu überlegen, inwieweit die Studienstrukturen aufeinander abgestimmt werden, damit die bayerischen Studierenden und die Studierenden der Partnerhochschulen für ein Auslandsstudium keine zeitlichen Restriktionen überwinden müssen.

– Rahmenbedingungen attraktiver gestalten

Internationale Spitzenkräfte kommen nur nach Bayern, wenn sie dort auf verlässliche Rahmenbedingungen treffen. Deshalb muss die Besoldung für internationale Rufe attraktiver und flexibler gestaltet werden. Zudem bedarf es verlässlicher Strukturen für wissenschaftliche Karrieren. Tenure-Track-Modelle, also ein System des unmittelbaren Übergangs in eine Professur auf Lebenszeit nach einer befristeten Bewährungszeit, müssen an den bayerischen Hochschulen die Regel sein.

– Entwicklung eines Welcome-Systems in Bayern

Das bayerische Hochschulsystem ist nur dann attraktiv, wenn eine Willkommenskultur geschaffen wird, die ausländischen Studierenden und Wissenschaftlern das Kommen und Bleiben erleichtert. Aus diesem Grund müssen Politik und Hochschulen Anreize bieten: Internationale Wissenschaftler müssen Doppelkarrieren für die Familie und Investitionen in die Forschungsinfrastruktur angeboten bekommen. Ausländische Studierende müssen an den Hochschulen besser integriert sowie mit Blick auf Praktika während des Studiums und hinsichtlich späterer Berufseinstiegschancen noch besser beraten und informiert werden.

– Politische und ökonomische Bildungsarbeit stärken

Die bayerischen Hochschulen sind aufgerufen, die politische und ökonomische Bildung aller Studierenden zu fördern. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Ressentiments gegenüber der voranschreitenden Globalisierung müssen die Vor-

teile freier Märkte und internationaler Wertschöpfungsketten stärker thematisiert werden – besonders in solchen Studiengängen, deren Absolventen erwartungsgemäß interkulturelle Kompetenzen benötigen.

7 Eigenständigkeit gewährleisten

Autonomie und Finanzierung der Hochschulen ausweiten

Die Wettbewerbsfähigkeit des bayerischen Hochschulsystems hängt davon ab, in welchem Rahmen die Hochschulen handlungsfähig sind und eigenständig Entscheidungen treffen können. Wie Unternehmen können sich auch Hochschulen nur dann gegenüber der Konkurrenz behaupten, wenn sie flexibel und selbständig agieren und reagieren können. Die Ausweitung der Hochschulautonomie folgt der Leitidee, dass mehr Eigenverantwortung und mehr Gestaltungsfreiheit die entscheidenden Erfolgsfaktoren für die Weiterentwicklung der Hochschulen sind. Deshalb setzt sich die vbw seit Jahren dafür ein, den bayerischen Hochschulen mehr Kompetenzen und damit auch mehr Verantwortung zu überlassen.

In den vergangenen Jahren sind den bayerischen Hochschulen bereits viele Kompetenzen übertragen worden, die ihre institutionelle Handlungsfähigkeit gestärkt haben. So gibt es in Bayern mit den Zielvereinbarungen eine ergebnisorientierte Finanzsteuerung. Die bayerischen Hochschulen haben zusätzlich die Möglichkeit, ein spezifisches Hochschulprofil zu entwickeln, indem sie selbst über die Entwicklung von Studiengängen entscheiden. Zur Handlungsfähigkeit gehört jedoch nicht nur die Autonomie, sondern vor allem eine solide finanzielle Grundausstattung. Mit der leistungsbezogenen Mittelvergabe und der Steuerung durch Zielvereinbarungen hat die Staatsregierung in diesem Bereich erste wichtige Schritte eingeleitet.

Allerdings besteht weiterhin Handlungsbedarf: Zum Beispiel steht Bayern bei der Finanzierung der Forschung und Lehre im bundesweiten Vergleich nur im Mittelfeld. Gerade aus diesem Grund ist die Abschaffung der Studienbeiträge im Jahr 2013 der falsche Schritt gewesen. Zudem trägt die Gesellschaft mit dieser Entscheidung wieder alleine die Kosten: An den Universitäten sind dies pro Jahr für jeden einzelnen Studenten rund 9.400 Euro, an den Fachhochschulen rund 4.400 Euro.

Die Wahrung der Eigenständigkeit ist nicht nur für jede einzelne Hochschule, sondern auch für das gesamte bayerische Hochschulsystem von entscheidender Bedeutung. Die Lockerung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern im Jahr 2015 war dennoch zu begrüßen. Bund und Länder können seitdem unbefristet und institutionell zusammenarbeiten, strategisch langfristig angelegte Hochschulprojekte sind dadurch realisierbar. Davon profitiert auch der Freistaat. Weil die positiven Effekte der Exzellenzinitiative in der Exzellenzstrategie verstetigt wurden, gewinnen die bayerischen Hochschulen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus können Zusammenschlüsse von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen schneller und effektiver gefördert werden.

Andererseits sind weitere Zentralisierungsbestrebungen im Hochschulbereich abzulehnen. Zwar sind gemeinsame Hochschulstandards und Zielvereinbarungen der Län-

der gerade vor dem Hintergrund neuer digitaler Studienmöglichkeiten, die die Ländergrenzen zunehmend infrage stellen, zu begrüßen. Den Weg zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele müssen die Länder aber eigenständig gehen. Ein von Berlin aus gesteuertes Hochschulsystem würde das Hochschulniveau in erfolgreichen Ländern wie Bayern senken. Dem Wirtschaftsstandort würde dies schaden.

Für eine gesicherte Handlungsfähigkeit der bayerischen Hochschulen fordert die vbw:

– Finanzierung langfristig sichern

Grundbedingung für die Exzellenz von Hochschulen ist eine adäquate finanzielle Ausstattung. Deshalb ist die Staatsregierung gefordert, eine nachhaltige (Grund-) Finanzierung der bayerischen Hochschulen zu gewährleisten. Die vbw hat es begrüßt, dass sich Bund und Länder im Oktober 2014 geeinigt haben, den Hochschulpakt fortzuführen. Die jetzt anstehende Nachfolgevereinbarung muss vor allem sicherstellen, dass das bisherige Finanzierungsvolumen dem Hochschulsystem erhalten bleibt. Schwerpunkte sollten auf die Bereiche Lehre, Digitalisierung und Arbeitsmarktorientierung gesetzt werden. Die Hochschulen sind aufgefordert, tatsächlich, wie von Bund und Ländern vereinbart, zehn Prozent der freiwerdenden Mittel pro Studienplatz dafür einzusetzen, die Studienbedingungen zu verbessern und den Studienerfolg zu erhöhen.

– Finanzielle Anreize für Studienerfolg setzen

Die Zuwendung der Mittel an die bayerischen Hochschulen ist zu ergänzen: Maßstab dürfen nicht mehr alleine die Studienanfänger und Studierendenzahlen sein. Hochschulen müssen auch finanzielle Anreize für einen erfolgreichen Berufseinstieg der Absolventen erhalten. Ein derartiges System ist gleichsam ein effektives Mittel, um Studienabbrüche zu vermeiden.

– Studienbeiträge: Notwendige Säule der Hochschulfinanzierung

Studienbeiträge sind für die langfristige Finanzierung von Hochschulen unerlässlich. Die Abschaffung der Beiträge in Bayern ist weiterhin zu bedauern und der falsche Weg in der Hochschulfinanzierung. Die vbw erwartet deshalb, dass die Studienbeiträge mittelfristig in einem nachgelagerten, sozialverträglichen Modell wieder eingeführt werden. Nur dann werden die Rahmenbedingungen für die Studierenden dauerhaft verbessert und auf einem hohen Niveau gehalten. Nachdem die Beiträge im Jahr 2013 abgeschafft wurden, ist die Politik aufgefordert, mindestens dafür Sorge zu tragen, die Kompensation zu dynamisieren und an die Entwicklung der Studierendenzahlen zu koppeln. Zudem sind die Studierenden an den Hochschulen bei der Entscheidung, wie die Mittel verwendet werden sollen, im gleichen Maße zu beteiligen wie zuvor.

– Kompetenzen der Hochschulen ausweiten

Die Politik hat die Autonomie der bayerischen Hochschulen in den vergangenen Jahren sukzessive gestärkt. So entscheiden die Hochschulen personelle Neubesetzungen weitgehend eigenverantwortlich und berufen Professorinnen und Professoren selbst. Modellprojekte eröffnen zudem die Möglichkeit, Globalhaushalte einzu-

führen. Auch die Genehmigung von Prüfungsordnungen obliegt dem Präsidenten bzw. Rektor. Zudem entscheidet die Hochschule selbst über Freistellungen für die Forschung. Obwohl mit diesen Punkten bereits zahlreiche vbw-Forderungen aus den vergangenen Jahren erfüllt wurden, ist die Hochschulautonomie weiter auszubauen. Zu denken ist hierbei etwa an eine weniger starre Eingruppierung bei Neubesetzungen, die Immobilienverwaltung sowie die Ausweitung von Globalhaushalten.

– Fortbildung von Hochschulmitarbeitern

Da sich durch die Ausweitung der Hochschulautonomie auch die institutionellen und organisatorischen Prozesse ändern, sind für die Mitarbeiter an Hochschulen Möglichkeiten zur Personalentwicklung anzustoßen. Gezielte Fortbildungsmaßnahmen sind für alle Beteiligten nötig. Die vbw fordert die Staatsregierung auf, gemeinsam mit den Hochschulen spezifische Weiterbildungsprogramme zu entwickeln und anzubieten.

– Wirtschaftsvertreter als Hochschulräte

Die Wirtschaftsvertreter in den Hochschulräten haben einen Mehrwert für die bayerischen Hochschulen, da ihre Mitwirkung eine verlässliche Austauschmöglichkeit für beide Seiten darstellt. Alle Vertreter in einem Hochschulrat tragen für die Entwicklung einer Hochschule Verantwortung und müssen den Pflichten, die mit dieser Funktion verbunden sind, verantwortungsbewusst nachgehen.

– Zentralisierungstendenzen entgegenwirken

Die Lockerung des Kooperationsverbots darf aus Sicht der vbw keinesfalls Einfallstor für weitere inhaltliche Zentralisierungsbestrebungen des Bundes sein. Es darf zum Beispiel keinen Zwang zur Vereinheitlichung von Studiengängen und Studieninhalten geben, die der Bund vorgibt und gegebenenfalls subventioniert. Auch wenn gemeinsame Bildungsstandards zu begrüßen sind, muss jede Hochschule selbst über das Lehr- und Forschungsangebot und den Weg der akademischen Ausbildung entscheiden können. Das System des Bildungsföderalismus hat sich bewährt, der Wettbewerb unter den Ländern sorgt für Vergleichbarkeit und verhindert Beliebigkeit. Dieser Wettbewerb sorgt dauerhaft für mehr Qualität. Aus diesem Grund darf es aus Sicht der vbw auch keine Bundesuniversitäten geben, also Hochschulen, die weitgehend vom Bund finanziert werden.

Ansprechpartner / Impressum

Dr. Lutz Korndörfer

Abteilung Bildung und Integration

Telefon 089-551 78-389

Telefax 089-551 78-222

lutz.korndoerfer@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Februar 2018